

9. 10.	Stand	1. 9. 14
1268,16	1,70	20
847,06	1,12	..
867,16	1,12	..
678,46	1,12	..
686,47	0,72	..
8208,00	4,40	..
14836,74	0,20	..
237,40	0,80	..
220,15	0,80	..
184,84	0,80	..
4,47	86,00	..
1,31	0,85	..
106,52	..	..

# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cöha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfensteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Threna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

**Erkennnt wöchentlich 3 mal:** Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 90.— mit Austragen, Post einschl. der Postgebühren 1/2, jährlich Mk. 240.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreise:** Die 6gepalte Koronazelle 8.— Mk., auswärts 10.— Mk. Amtlich. Teil Mk. 16.—. Reklamazelle Mk. 20.—. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 400.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Verteilungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertrieb: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 125

Mittwoch, den 25. Oktober 1922

33. Jahrgang

### Amtliches.

#### Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 26. Oktober 1922, abends 7 Uhr.  
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

#### Bekanntmachung.

Der Reichsminister der Finanzen hat eine Personenlandsaufnahme für das gesamte Reichsgebiet nach dem Stande vom 10. Oktober 1922

angeordnet.  
Zu der Personenlandsaufnahme sind Vordrucke zu verwenden und zwar:

- a) ein Vordruck Teil I 128 für eine „Wohnungsliste“.
- b) „Personenlandsaufnahme“.

Spätestens bis zum

12. Oktober 1922

werden

- a) jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung ein Wohnungslistenvordruck Teil I 128,
- b) jedem Grundstücksbesitzer oder dessen Vertreter (sozial. Personenlandsaufnahmevordruck Teil I 129) zuzugeben, wie er selbst wohnt oder ganz oder teilweise zu Wohnzwecken oder zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken vermietet oder verpachtet Gebäude in Naunhof besitzt.

Der selbständige Gutsbezirk in der Flur Naunhof gilt als Teil der Stadt Naunhof.

Jeder Inhaber einer selbständigen Wohnung hat den Wohnungslistenvordruck sofort nach Herausgabe der auf dem Vordruck aufgedruckten Anleitung sorgfältig auszufüllen, zu unterschreiben und ihn ausgefüllt und unterschrieben

spätestens bis zum 17. Oktober 1922

an den Hausbesitzer oder dessen Vertreter abzuliefern.

Jeder Besitzer eines selbst bewohnten oder ganz oder teilweise zu Wohnzwecken oder zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken vermieteten oder verpachteten Gebäudes oder sein Vertreter hat für die rechtzeitige Ablieferung der ausgefüllten und unterschriebenen Wohnungslistenvordrucke seitens der Wohnungsinhaber an ihn zu sorgen, die ordnungsmäßige Ausfüllung der Spalten 1, 2, 6—12 und 32—35 und Unterschrift der abgelieferten Wohnungslistenvordrucke nachzuprüfen, etwaige Mängel und Lücken in der Ausfüllung beseitigen zu lassen und die Wohnungslistenvordrucke jedes einzelnen Hausgrundstücks fortlaufend zu nummerieren. Alsdann hat er für jedes der Hausgrundstücke eine Bescheinigung unter Benennung des Personenlandsaufnahmevordruckes entsprechend der auf ihm angegebenen Anleitung auszufüllen, zu unterschreiben und den Personenlandsaufnahmevordruck nebst den dazu gehörigen Wohnungslistenvordruck

spätestens bis zum 25. Oktober 1922

in der hiesigen Stadtsteuerannahme (Zimmer Nr. 15) abzuliefern.

Ueber Zweifel wird in derselben Auskunft gegeben.

Naunhof, am 2. Oktober 1922. Der Stadtrat.

#### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Zwischen den Vertretern der Ausgleichskammer ist eine Vereinbarung erzielt worden, nach der Deutschland bis zum Juli 1923 von den Ausgleichszahlungen befreit ist.
- \* Der Reichskanzler beriet mit dem Kabinett und mit den Fraktionsführern über die Devisenverordnung und die Getreidemenge, wegen der es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien gekommen ist.
- \* Braburny erklärte bei einer Kritik der Reparationspläne Barthou, die Stabilisierung der Mark könne nur erfolgen, wenn Deutschland eine lange Ruhe zur Ordnung seiner Finanzen erhält.
- \* Lloyd George griff in einer politischen Rede in Leeds seine Gegner scharf an und verteidigte seine Regierungsmethoden.
- \* Die internationale Arbeitskonferenz in Genf lehnte es ab, die deutsche Sprache als Amtssprache anzuerkennen.

### Krisis?

Von besonderer Seite wird uns aus Berlin über die innerpolitische Lage geschrieben: Wertvoll, so regelmäßig wie das Mädchen aus der Fremde steht in Deutschland, seitdem wir von der konstitutionellen zur parlamentarischen Regierungsform übergegangen sind, eine politische Krisis sich ein, sobald der Reichstag nach längerer oder kürzerer Pause wieder am Königstisch zusammenkommt. Möglich, daß diese unerwünschte Gewohnheit mit der Unfertigkeit unserer neuen politischen Zustände zusammenhängt. Möglich, daß die Parteien, die das neue Regierungssystem tragen, sich noch nicht genügend auseinander eingewickelt haben, möglich auch, daß das Wesen der Koalition als solches immer wieder Konflikte bedingt, die bei einheitlicher Führung der Reichsregierung vermieden werden könnten.

wären. Jedenfalls haben wir mit der Laizität zu rechnen, daß die politische Luft abermals von Arisengerüchten erfüllt ist, kaum daß die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten durch den bekannten Mehrheitsbeschluss des Reichstages fürs erste wieder in den Hintergrund gedrängt ist.

Die Klüppeln an zwei Fragen von allerdings höchster Dringlichkeit an. Einmal die Devisenordnung. Seitdem hat eine Regierungsmassnahme wirtschaftlicher Natur einen so ausgesprochenen Misserfolg zu verzeichnen gehabt wie diese. Man erwartete von ihr eine Eindämmung der reinen Devisenspekulation, eine Festigung der Mark und ein Anwachsen des Vertrauens im Ausland zur Abwehrkraft unserer Regierung. In jeder Beziehung ist leider das Gegenteil eingetreten. Die Bewegung auf dem Devisenmarkt hat eher zu als abgenommen. Die Mark gleitet unaufhaltsam in die Tiefe, und im Ausland glaubt kaum noch irgend jemand an die Fähigkeit des Reiches, dem Verderben, von dem es bedroht ist, aus eigener Kraft Einhalt zu gebieten. Die deutschen Börsen sind von einem förmlichen Launel erfasst. Das markbesessene Publikum schlägt sich förmlich um Effektenbesitz, und da die Papiergeldkurse mit jedem Tage immer gewaltiger absinken, scheint die Bevölkerung nur noch eine Sehnsucht zu kennen: sich so rasch wie irgend möglich der Papiergeldvorräte zu entledigen, um sie gegen irgendwelche Objekte von realerer Bedeutung einzutauschen. So entsteht und muß die Frage entstehen, ob der erste Schritt, den die Regierung mit der Devisenordnung getan hat, zurückgenommen, oder ob weitere Schritte auf der gleichen Bahn getan werden sollen. Hier geraten die sozialistische Richtung des Reichswirtschaftsministeriums und die entgegengelegte orientierte Richtung des Reichsfinanzministeriums unwillkürlich zusammen, und es man es will oder nicht, die Gegensätze erhalten unter dem Druck der Lage eine politische Färbung, die ihre Lösung eher erschwert, denn erleichtert.

Nicht viel anders liegen die Dinge in der Frage der Getreidemenge. Hier hat der zuständige Reichstagsausschuss eine Beweisaufnahme der für das erste Drittel festgesetzten Preise beschloffen, gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und einiger Bürgerlicher und entgegen der Abmachung des Reichsernährungsministers Feiler. Die Sozialdemokratie droht nun mit ersten politischen Maßnahmen unter Hinweis darauf, daß bei dem gegenwärtigen Dollarkurs der Einkauf ausländischen Getreides kaum noch mehr möglich sein werde. Deshalb fordert sie die Rückkehr zu ausgesprochener Zwangswirtschaft, während die bürgerlichen Parteien umgekehrt eher zu einer Abschwächung des Getreideumlagegesetzes geneigt sind.

Wie diese scharfen Gegensätze ausgeglichen werden sollen, ist schwer ersichtbar, zumal in beiden Fragen höchste Eile geboten erscheint. Es kommt hinzu, daß das Gewicht der noch nicht offiziell zur Koalition gehörenden Deutschen Volkspartei schon jetzt mit jedem Tage schwerer in die Waagschale fällt, wie sich bereits bei der Entscheidung über die Vertagung der Reichspräsidentenwahl deutlich gezeigt hat. Der Reichskanzler ist offensichtlich bemüht, seinen ganzen Einfluss im Sinne eines Ausgleichs geltend zu machen, und man kann ihm darin nur um so mehr Erfolg wünschen, als die Stunde für heftige Parteikämpfe jetzt weniger als je bei uns gekommen ist.

### Keine Ausgleichszahlungen bis Juli 1923

Die Berliner Beratungen beendet.  
Seit mehreren Tagen fanden in Berlin Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Ausgleichskammer statt, um eine Neuregelung der deutschen Ausgleichszahlungen zu treffen. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichskammer haben ein Abkommen vereinbart, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Beratungen in Berlin, Paris, London und Brüssel zur Annahme vorgelegen. Die Entscheidung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage erfolgen. Die Regierung bereitet außerdem eine Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichszahlungen vor, die dem Reichstag demnächst vorgelegt werden soll. Daß jetzt von Ausgleichszahlungen keine Rede sein kann, ist bei dem augenblicklichen Dollarkurs eine Selbstverständlichkeit. Dennoch wird man sich von dieser jetzt beschlossenen Stundung noch keine Wirkung versprechen können, solange die Frage der noch höheren Reparationszahlungen ungeklärt bleibt.

### Große Kohleneinfuhren.

Die Folgen der Reparationslieferungen.  
Der Reparationskommission sind kürzlich auf ihr Ersuchen die Zahlen der Bestände der Reichseisenbahn, der Gas- und der Elektrizitätswerke an Kohlen amtlich mitgeteilt worden. Die Bestände der Reichseisenbahn beliefen sich am 30. 6. auf 730 000 Tonnen für 16 Tage, am 31. 8. auf 1022 192 Tonnen auf 23 Tage. In demselben Zeitraum hat die Reichseisenbahn große Mengen englischer Kohle angekauft, die sich belaufen bis 30. 6. auf 666 300 Tonnen und bis 31. 8. auf 1 890 650 Tonnen. Die Bezüge englischer Kohle, die als Vorrat für den Winter eingekauft waren, sind, wie diese Zahlen ergeben, größer als die Bestände der Eisenbahn. Daraus geht hervor, daß

die inländischen Zufuhren nicht einmal den normalen Sommerverbrauch decken können.

Die Zahlen für die Bestände der Gaswerke lauten: Bestand am 30. 6. 389 028 Tonnen und am 31. 8. 470 164 Tonnen. Bis zum 31. 8. hatten die Gaswerke rund 487 000 Tonnen ausländische Kohle bezogen, also mehr, als ihr Bestand am 31. 8. war. Die Elektrizitätswerke hatten einen Bestand Ende Juni von 375 354 Tonnen, Ende August von 457 619 Tonnen. Diese Zahlen ergeben mit erschreckender Deutlichkeit, daß der notwendige Inlandsbedarf schon im Sommer nicht durch inländische Zufuhr an Kohlen gedeckt werden können, weil die Kohlenproduktion zu Reparationslieferungen in Verbindung werden müssen. Es ist kaum um so unüberwindlicher, daß die Entente das monatlich zu liefernde Kohlenquantum trotz dieser einleuchtenden Zahlen auf rund 1 950 000 Tonnen monatlich erhöht hat.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Der Kanzler über die Wirtschaftslage.

In einer Unterredung mit einem holländischen Pressevertreter erklärte Dr. Brüning, die ungeheure Notensmission sei nicht die Ursache, sondern die unvermeidliche Folge des Marksturzes. Heute haben wir keinen Groschen mehr. Unsere Hilfsquellen sind erschöpft, wir haben kaum das notwendige Brot, um unser Volk bis zum Jahresende zu ernähren. Wer unter Drohungen immer wieder Geld von uns herauspressen will, dem können wir ruhigen Gewissens antworten: erst werden wir an Brot für unsere Kinder denken, später an die Reparationen. Das soll man auch im Ausland wissen. Aber die Konferenz in Brüssel sagte der Kanzler: Von dieser Konferenz weiß ich überhaupt nichts. Wenn man uns einlädt, so werden wir die Erklärung abgeben, daß wir kein Geld haben, und eine lange Ruhepause benötigen, um uns vor dem Bankrott zu schützen.

#### Die Attentatspläne gegen den Kanzler.

Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer hat sich zur Untersuchung über den Attentatsplan gegen den Reichskanzler nach Berlin begeben, wo er die Vernehmung des in Hagen Verhafteten vorgenommen hat. Die Angaben, die dieser über den Attentatsplan gegen Dr. Brüning gemacht hat, werden jetzt weiter nachgeprüft. Der Festgenommene bleibt vorläufig in Haft. Dr. Ebermayer ist nach Leipzig zurückgekehrt.

#### Deutschnationale und Wölflinge.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Beschluß gefaßt, dem Abg. v. Graefe-Goldebeck mitzuteilen, daß sie wegen seiner Haltung in der Frage der „völkischen Arbeitsgemeinschaft“ eine weitere Fraktionsgemeinschaft mit ihm nicht für möglich hält. Damit ist dieser Abgeordnete, der seine Haltung der Fraktion gegenüber nach Ansicht der Fraktion ungenügend gerechtfertigt hat, als von der Fraktion ausgeschlossen anzusehen.

#### Frankreich.

Die Internationale Eisenbahnkonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Die Konferenz nahm einen Statutenentwurf an, der einen dauernden Organismus zur Förderung der Wiederaufnahme des internationalen Verkehrs unter dem Namen Internationale Eisenbahn-Union vorsieht. Die Verwaltung der Union übernimmt ein aus 12 Verwaltungsmitgliedern bestehendes Komitee, zu dessen Vorsitzenden der älteste Direktor der französischen Eisenbahnen ernannt wurde. Die drei Vizepräsidentenposten werden von Deutschland, England und Italien gestellt.

#### Aus In- und Ausland.

- Berlin.** Die Nachprüfung über den Ausfall der Abstimmung betr. den Verbleib Oberklosters bei Preußen findet am 6. November durch das Wahlprüfungsgericht in Berlin statt.
- Strasbourg.** Die Eisenbahner Elsass-Lothringens haben in einer Versammlung eine Entschließung angenommen, in der sie gegen die Verpachtung des Eisenbahnnetzes und gegen das Teilerlöb über die Abschaffung des Achtstundentages protestieren.
- Moskau.** In diesem Winter müssen 8 Millionen Russen unterstützt werden. Für 3 Millionen hat die Sowjetregierung die Hilfe des amerikanischen Hilfskomitees erbeten.
- Washington.** Kriegssekretär Weeks hat erklärt, die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein würden wahrscheinlich erst zu Beginn des Winters zurückgezogen werden.

### Attentatspläne gegen den Reichskanzler.

Zwei Versuchswürdungen entdeckt.  
Bei den in einer der letzten Sitzungen des Reichstages angekündigten Attentatsplänen gegen den Kanzler scheint es sich im wesentlichen um folgendes zu handeln:  
Im Rheinland hat sich ein junger Mann, ein gewisser Schulz aus Leipzig, bei der Polizei gemeldet, um, wie er sagte, vor einem Mordplan gegen Dr. Brüning zu warnen. Es heißt, er habe mitgeteilt, daß er „beauftragt“ worden sei, den Reichskanzler zu erschließen, und zwar genau nach dem Plan, der gegen Rathenau ausgeführt wurde. Dieser Mann wurde bereits am 17. Oktober in Haft genommen, und man prüft noch, ob seine Angaben richtig sind, oder ob er die Polizei auf eine

fallende Fährte locken will. Neben diesem noch un-  
gekärten Fall wird die Untersuchung noch in einer zweiten  
Richtung geführt. Seit einiger Zeit gehen dem Kanzler  
zahlreiche Drohbriefe zu, die eine genaue polizeiliche  
Postüberwachung zur Folge hätten. Dadurch scheint man  
einem großer angelegter Komplotz in Berlin auf  
die Spur gekommen zu sein, welches sich nicht nur gegen  
den Kanzler, sondern auch gegen andere Minister richtete.  
Auch hier herrscht jedoch noch ziemlich tiefes Dunkel, und  
man wird den weiteren Verlauf der Untersuchung ab-  
warten müssen, ehe man ein klares Bild gewinnen kann.

### Die englische Regierungskrise.

Waldige Neuwahlen?

Die konservative Partei, die Lloyd George  
Sturz herbeigeführt hat, war vorher beinahe nicht unter  
sich einig. Einer ihrer bekanntesten Führer, Cham-  
berlain, war noch vor wenigen Tagen für Lloyd George  
und die bisherige Koalition eingetreten. Darauf hat die  
Partei sich in ihrer Mehrheit um Bonar Law gruppiert  
und ihn für die neue Regierung herausgestellt. Es ist nun  
ein sehr wichtiger und für die in England übliche Partei-  
disziplin bezeichnender Schritt, daß die Chamberlain-  
Gruppe erklärt hat, dem Kabinett Bonar Law keine  
Schwierigkeiten zu machen. — Wie weiter berichtet  
wird, können sofortige Neuwahlen mit ziemlicher  
Sicherheit erwartet werden. Die Wahlen werden viel-  
leicht am 19. 11. stattfinden.

### Lloyd George eröffnet den Wahlkampf.

Die Verteidigungsrede des „Erwerbslosen“.

Nach ist das englische Parlament nicht aufgelöst  
(wahrscheinlich wird das erst in einigen Tagen geschehen),  
noch ist das neue Kabinett nicht gebildet, da eröffnete  
Lloyd George, der nach seinem Sturz einen gerade-  
zu jugendlichen Kampfesmut an den Tag legt, bereits den  
neuen Wahlkampf mit einer großen politischen Rede  
in Leeds, in der er mit den Männern, die ihn aus sei-  
nem Amte drängten, nicht gerade glimpflich umging, und  
seinen Landsleuten klar machte, welche Erfolge er selbst  
während seiner Ministerpräsidentschaft zu verzeichnen hatte.

Das englische Volk, so sagte er, müsse entscheiden, ob die  
Partei oder die Nation an erster Stelle komme. Er trete für  
das Volk ein. Er habe nie so schwer gearbeitet wie in den  
letzten sechs Jahren. Jetzt habe er mehr Zeit, da er zu den  
Erwerbslosen gehöre. Er sei bereit, das Volk entscheiden  
zu lassen, ob er ihm gut gedient habe oder nicht. Die Deut-  
schen seien tapfere Soldaten gewesen, das müsse anerkannt  
werden. Aber die deutschen Soldaten hätten Berichte über  
Hunger, Entbehrungen und Elend zu Hause erhalten. Das  
habe ihren Geist und ihren Mut untergraben. Es sei von  
entscheidender Bedeutung für die englischen Minister gewesen,  
den Geist zu erhalten, der dem Frieden den Weg ebnete.  
Der Vertrag von Versailles sei heute die Frei-  
heitsurkunde (!) geworden für Millionen von Menschen.  
Die ersten Bestimmungen des Versailler Vertrages hätten den  
Völkerbund errichtet. Die Militärdienstpflicht in Mitteleuropa  
bestehe nicht mehr.

England gewinne den Weltmarkt der Welt wieder.

Der englische Kredit sei so gut wie je und besser. England sei  
wieder hochkommen. Dies sei in großer Nähe der Staats-  
bankrott von Männern wie Chamberlain und Horne zu verdanken.  
(Chamberlain trat bekanntlich für Lloyd George ein.) Die  
Zerschlagung der Kombination, die Handel und Kredit Englands  
in der ganzen Welt wieder hochgebracht habe, sei ein Ver-  
brechen gegen die Nation. Bonar Law aber habe sich in  
die Lage eines Reiters gebracht, der das Pferd nicht am Zügel,  
sondern am Schwanz halte. Die reaktionären Neutierer,  
die jetzt dominiert hätten, würden, wenn sie erst einmal besser  
im Sattel sähen, ohne Rücksicht darauf, was sie vor den Wahlen  
sagten, ihr extremes Programm durchführen wollen. Dies  
würde zu einer Stärkung der auf den Umsturz gerichteten  
Elemente führen und könnte katastrophale Folgen nach  
sich ziehen.

Man sieht, Lloyd George geht mit Volldampf in den  
Wahlkampf. Obgleich er in seiner Rede auch manches  
gesagt, was für die deutsche Leser beachtenswert ist.

### Ein Kampf um die deutsche Sprache.

Das internationale Arbeitsamt ohne Deutsch.  
Ein neuer Beweis dafür, wie groß die nationalen Vorurteile  
der Entente gegen alles deutsche Wesen sind, hat sich  
jetzt in einer besonders beschämenden Form auf der  
internationalen Arbeitskonferenz in Genf ergeben. Dort ist  
Deutschland, obwohl es nicht dem Völkerbund ange-  
hört, entsprechend seiner wirtschaftlichen und sozialen  
Bedeutung, an der Gründung an vertreten gewesen.

Daher stellte jetzt der Franzose Jouhaux im Gegen-  
satz zu seinen Landsleuten den Antrag, neben Englisch und  
Französisch auch die deutsche Sprache als Amtssprache  
der internationalen Arbeitsorganisation zuzulassen.  
Dieser Antrag wurde jedoch mit 14 gegen 12 Stimmen  
abgelehnt. Gegen die deutsche Sprache stimmten,  
mit Ausnahme Jouhaux, alle französischen Delegierten.

Jouhaux begründete seinen Antrag damit, daß in-  
gesamt 8 Millionen von 25 Millionen organisierten Arbeit-  
ern Deutsch als Muttersprache sprechen und 4 bis 6 Mil-  
lionen sich außerdem der deutschen Sprache in ihren Be-  
ziehungen zum internationalen Arbeitsamt bedienen. Die  
Mehrzahl der Intelligenz und der an der Arbeitsorgani-  
sation interessierten Arbeiter spricht deutsch. Auch der  
Arbeitervertreter Jugoslawiens, Kst, trat in deutscher  
Sprache sehr lebhaft für die Einführung des Deutschen  
ein, das vorläufig wichtiger sei als die slowakische Sprache.  
In ähnlichem Sinne äußerte sich der englische Arbeiter-  
delegierte Tillet. — Gegen die Einführung der deutschen  
Sprache und Welterhaltung des status quo sprach sich  
nachdrücklich der japanische Delegierte Waczi aus. Leider  
 gelang es den Befürwortern des Deutschen nicht, mit ihrer  
Auffassung die Mehrheit der Versammlung zu überzeugen.

### Ein Helfer aus Amerika.

Ch. Endorff Professor Baruch.

Wie das Deutsche Rote Kreuz mittels, hat der Vice-  
präsident des Central Relief Committee und Präsident des  
Reservist-Committees, Prof. Dr. Baruch, in den letzten  
Wochen München, Stuttgart, Darmstadt, Tübingen, Dres-  
den, Wien, Berlin und andere deutsche Städte be-  
sucht und überall zur Linderung der Not und zur  
Stärkung des Lebensmutes beigetragen. Die  
medizinische Fakultät der Universität Tübingen, an der  
Baruch einst studierte, hat Prof. Baruch zum Ehren-  
doktor ernannt. Den Rollenenden Berlins widmete  
Prof. Dr. Baruch namens des oben genannten Komitees  
500 000 Mark mit einem am Oberbürgermeister Dr. Koch  
gerichteten Schreiben, in dem es heißt:

„Wollen Sie gütigst diesen Betrag als einen geringen  
Ausdruck der hohen Dankeschuld entgegennehmen, den

die ganze Welt und auch mein Land dem deutschen Volk  
und vor allem auch Ihrer Reichshauptstadt schulden, und als  
ein kleines Zeichen der hohen Bewunderung für die  
geistige Kraft, mit der das deutsche Volk trotz der  
Not und schwerster Prüfungen sich in unerschütterlichem  
Idealen gehalten hat und die gewaltigen Schäden seiner kul-  
turellen Errungenschaften sich und der Welt unentwegt erhalten  
hat. Es ist dies der Geist, welcher mein Land und die ganze  
Kulturwelt zur Bewunderung Deutschlands zwingt. Ein Volk  
aber ist unüberwindlich, solange es sich seine Ideale  
wahrt und sich selbst treu bleibt.“

Wöchten doch die amtlichen Stellen Amerikas die  
gleiche Einsicht und Hilfsbereitschaft beweisen, die in  
amerikanischen Privatkreisen nicht selten angetroffen wird!  
Die Verantwortung, die die amerikanische Regierung an  
dem jetzigen Elend Europas mit trägt, wäre Grund ge-  
nug dafür.

### Deutscher Reichstag.

CB. Berlin, 21. Oktober.

Ein von den Deutschnationalen eingebrachter Antrag auf  
Aufhebung der Inzestverbotes im Umfassungsgesetz  
wurde dem Reichstag überwiegen. Ein Antrag der  
Deutschnationalen auf Änderung des Kohlensteuer-  
gesetzes (die Kohlensteuer soll von 40 auf 30 Prozent des Prei-  
ses herabgesetzt und Winderbemittelten soll der Kohlensteuer-  
beitrag für Hausbrand zurückgeführt werden) wurde nach  
kurzer Auseinandersetzung dem Reichstag überwiegen. Ein  
Antrag des Zentrums, der Abwehrmaßnahmen gegen die Über-  
flutung und den Ausfall Deutschlands durch

valastarke Ausländer

verlangt und zu diesem Zwecke in erster Reihe einen ange-  
messenen Valutazuschlag zu den Eisenbahntarifen vorschlägt;  
wurde ohne weitere Verhandlung einstimmig angenommen. Bei  
der 2. Beratung des Gesetzentwurfes, durch den die Grenze des  
Vandungsgebietes vom Rhein zum Nordsee mit 100 000 Mark erhöht  
werden soll, wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die  
Grenze auf 180 000 Mark heraufsetzen wollte, die Auszahlung  
des Hauses mit 87 gegen 86 Stimmen abgelehnt. Aus diesen  
Stimmzählungen ergab sich die Wechselseitigkeit des Hauses. Die  
Sitzung wurde daher abgebrochen.

In der sofort anberaumten 262. Sitzung wurde der Gesetz-  
entwurf angenommen, durch den die Geldführung für Zeugen  
und Sachverständige der Geldentwertung entzogen wird. Erhöht  
wird. Hieran wurde ohne Aussprache in allen drei Lesungen ein  
Antrag der großen Parteien des Hauses angenommen, wonach  
sich die monatliche Entschädigung der Reichstags-  
abgeordneten auf 30 000 Mark erhöht. Dazu kommt noch  
der bei den Beamtengehältern vorgesehene allgemeine gleiche  
prozentuale Lohnerhöhung.

Dann kam man zur 2. Beratung der Novelle zum Ver-  
sicherungsgesetz für Angehörige.  
Reichsarbeitsminister Dr. Brüning begründete die Vorlage,  
die eine Ausdehnung der Versicherungsgrenze enthält, mit der  
allgemeinen Geldentwertung und der zahlenmäßigen Steige-  
rung der Gehälter.

CB. Berlin, 23. Oktober.

Die heutige Sitzung setzte sich fort. Anlaß dazu gab  
eine Interpellation aller Parteien — nur die Kommunisten  
nahmen daran nicht teil —, die Einspruch erhob gegen das  
Vorgehen der interalliierten Rheinlandkommission im

Falle Smeets.

Der Fall ist bekannt, Smeets ist von dem zuständigen deutschen  
Gericht wegen mehrerer Verbrechen, darunter schwerer Ver-  
leumdung des Reichspräsidenten in der von ihm  
herausgegebenen Zeitung verurteilt worden. Die Rheinland-  
kommission hat aber die Vollstreckung dieses Urteils verboten.  
Die Interpellanten forderten mit Rücksicht darauf die Reichs-  
regierung auf, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf  
hinzuwirken, daß das von der Rheinlandkommission ausge-  
sprochene Verbot rückgängig gemacht und die deutsche Rechts-  
pflege im besetzten Gebiet in Zukunft vor Störung und Ver-  
wahrlosung geschützt werde.

Nachdem sich der Reichskanzler zur sofortigen Beantwor-  
tung bereit erklärt hatte, begründete Abg. Sellmann (Zos.) die  
Interpellation. Er nannte es einen unerhörten Zustand der  
Rechtswidrigkeit, wenn die Ehre der deutschen Regierung und  
ihrer Vertreter durch ein Urteil eines Mannes preisgegeben  
sei, der über einen Schutzbrief der Besatzungsmächte verfüge.  
Die rheinische Bevölkerung kann die Gewalttätigkeit der Be-  
satzungsmächte nicht mehr ertragen. Abg. Kaufher (Zentr.) be-  
zeichnete die Zustände im besetzten Gebiet als aller Kultur und  
allen Rechtsbegriffen hohnsprechend. Abg. Kolbenhauer  
(Deutsche Volksp.) schloß sich dieser Erklärung an. Abg.  
Dr. Kumm (Deutschnat.) begründete es mit großer Freude, daß  
in dieser Frage von nationaler Bedeutung eine Einheitsfront  
von rechts nach links hergestellt sei. Abg. Erbes (Dem.) be-  
zeichnete die Entscheidung der Rheinlandkommission als einen  
glatten Rechtsbruch aus politischen Gründen. Abg. Dr. Ter-  
mann (Bayer. Volksp.) bemerkte, je mehr die rheinische Be-  
völkerung bedrückt wird, umso lauter wird in ihrem Herzen  
der Ruf widerhallen: „Fest steht und treu die Wacht am Rhein“.

Reichskanzler Dr. Wirth

erklärte, die Regierung betrachte mit den Interpellanten die  
Entscheidung der Rheinlandkommission als einen schweren Ein-  
griff in die Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Rechts-  
prechung, der nicht widerspruchslos hingenommen werden kann.  
Durch diese Entscheidung wird die Ehre des Reichspräsidenten  
auf deutschem Boden verleumdeterisch preisgegeben. Es wäre  
eine Rückkehr zum Rabinettstift des absolutistischen Regiments  
vergangenem Jahres, wenn eine politische Körperschaft  
das Urteil eines unabhängigen Gerichts annullieren könnte.  
Die Reichsregierung hat bei den Regierungen der alliierten  
Mächte ernste und nachdrückliche Vorstellungen gegen die Ent-  
scheidung erhoben und darauf hingewiesen, daß sich der Reichs-  
präsident dadurch nicht nur in seiner Eigenschaft als Staats-  
oberhaupt, sondern auch als Staatsbürger verletzt fühle.  
Ebenso ist Einspruch erhoben worden gegen die Beilegung der  
Rechtsfrage, die in der Entscheidung der Rheinlandkommission liegt.  
Eine Antwort der alliierten Regierungen steht noch aus.  
Damit war diese Angelegenheit erledigt, denn ein kommuni-  
stischer Antrag auf Besprechung der Interpellation fand nicht  
die nötige Unterstützung.

Zwei kleinere Vorlagen, eine Novelle zum Reichstagswahl-  
gesetz, wonach der Stimmzettel auch die Parteibezeichnung en-  
thalten darf, und die Abgabordnung für den Kaiser-Wilhelm-  
Kanal wurden in allen drei Lesungen angenommen.

Die Befolgsordnung der Beamten.

Dann kam man zur 2. Beratung der 7. Ergänzung des Be-  
solungsgesetzes und des 4. Nachtragsetzes. Beim Befolgs-  
gesetz wurde nach längerer Auseinandersetzung beim Ordi-  
nariat die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Danach be-  
trugen die Ordinalsätze in der Klasse E 900 bis 2300, Klasse D  
1200 bis 3000, Klasse C 1500 bis 3800, Klasse B 1800 bis 4500,  
Klasse A 2400 bis 6000 Mark. Die Vorlage wurde darauf auch  
in ihren übrigen Teilen angenommen, und sodann wurde die  
Ergänzung des Befolgsgesetzes und der 4. Nachtragsetz auch  
in 3. Lesung genehmigt.

Einstimmig angenommen wurde darauf eine Entschließung  
Tillet (Dem.), wodurch die Regierung ersucht wird, bei der  
neuen Festsetzung der Wirtschaftsbefehle vor allem die besonde-  
ren Verhältnisse der Beamten in den Grenzorten zu berücksich-  
tigen, die unter dem Valutazustand schwer zu leiden haben.  
Ferner wurde angenommen die Vorlage zur Verdoppelung der  
Kriegsbeschäftigten. Den nächsten Gegenstand der Be-  
ratung bildete die 2. Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung  
des Versicherungsgesetzes für Angehörige.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen darüber wurde ein  
Zentrumsantrag auf Wiederherstellung der Gehaltsgrenze in  
namentlicher Abstimmung mit 226 gegen 111 Stimmen ange-  
nommen. Nach diesem Antrag legt der Reichsarbeitsminister  
mit Zustimmung des Reichsrates die Jahresarbeitsverdienst-  
grenze fest.

### Schlusdienst.

Drohbriefe vom 2. Okt. 1919.

Keine Befreiung der Inzestverbotes von der Umfassung.

DA Berlin. Der Reichsausschuss des Reichstags befaßt sich  
heute mit der Inzestverbotes, wobei ein Regierungsvor-  
trag die Erklärung abgab, daß von einer gänzlichen Befreiung der  
Anzeigen auch von der allgemeinen Umfassung keine Rede  
sein könne.

Die Einfuhr von Schlachtvieh nach Preußen.

Berlin. Aus einer umfangreichen Bestimmung des preußi-  
schen Landwirtschaftsministers über die Ein- und Ausfuhr von  
ausländischem Schlachtvieh ist mitzuteilen: Einfuhr von Schlach-  
tvieh ist nur mit besonderen Einfuhrbewilligungen gestattet.  
Gesuche um Genehmigung der Einfuhr nach Preußen sind an  
das preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und  
Forsten zu richten. Soweit es sich aber um Schlachtvieh aus  
dem Remelland oder Litauen handelt, sind die Anträge bei  
dem Seuchenkommissar, Marienwerder, Regierung zu stellen.

Ausschluß an den Deutschen Beamtenbund.

Berlin. Hier taute eine Hauptversammlung der Gewerk-  
schaft der technischen Eisenbahnbeamten. In dieser Gewerkschaft  
haben sich Oberingenieure, Ingenieure, Werkstättenleiter, Kosten-  
führer, Werkführer, Wagenaufseher, technische Obersekretäre  
usw. zusammengeschlossen. Die Gewerkschaft beschloß, sich auf  
den Boden parteipolitischer und religiöser Neutralität zu stellen,  
und vollzog einstimmig ihren Ausschuß an den Deutschen Be-  
amtenbund.

Aufhebung schweizerisch-polnischer Wirtschaftsbeziehungen.  
PO Bern. Die schweizerische Wirtschaftsdelegation, die vor  
einiger Zeit Polen besucht hat, veröffentlicht in der schweizeri-  
schen Presse eine Mitteilung, in der sie erklärt, daß sie sich  
auf Grund der unmittelbaren Beobachtungen verpflichtet sieht,  
die Aufmerksamkeit der schweizerischen Wirtschaftskreise auf die  
gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung Polens zu lenken.  
Die Kommission empfiehlt die Aufnahme enger wirtschaftlicher  
Beziehungen zu Polen.

Vertagung der polnischen Staatsämter aus Danzig.  
DA Danzig. Bei der polnischen Regierung besteht die Absicht,  
sämtliche polnische Staatsämter aus Danzig nach Kongre-  
spolen zu verlegen. Vor allem sollen die Eisenbahndirektion und  
die Direktion der polnischen Staatsforsten verlegt werden, die  
polnische Postdirektion soll nach Danzig verbleiben. Die  
Direktion der polnischen Staatsforsten soll nach Breslau ver-  
legt werden.

Trophi in Ungarn.

PO Prag. Ein Telegramm aus Moskau bestätigt die Nachricht  
von der Abreise Trophi nach Ungarn. Trophi wird dort mit  
Kustappa Pascha eine Konferenz haben.

Deutsche religiöse Schriften in Australien.

London. Reuters meldet aus Melbourne: Die Einfuhr von  
deutschen Bibeln und religiösen Schriften nach Australien ist  
jetzt gestattet.

Die Folgen der Hungersnot in der deutschen Volksgemeinde.  
Moskau. Die Sterblichkeit in der deutschen Volksgemeinde  
ist stark gestiegen und die Geburtenziffer gesunken. In der  
deutschen Kommune werden aus 1000 Personen im Jahre 1921  
42 Geburten gezählt und in diesem Jahre nur 11. Auf 1000 Per-  
sonen entfielen im Jahre 1906 in Russland 30 Geburten, in  
der deutschen Kommune im vorigen Jahre 160 Sterbefälle und  
in diesem Jahre 70.

### Die deutsche Bürgerbewegung in der französischen Presse.

Die französische Presse, und zwar besonders die bekannten Zei-  
tungen „Temps“, „Petit Parisien“, „Republique“ haben sich in letzter  
Zeit mit der Bürgerbewegung eingehend beschäftigt.

Es geben in letzteren Werken eine Darstellung über die ver-  
schiedenen deutschen Propagandaunternehmungen. Natürlich sind die  
Bilder in mancher Hinsicht bemerkt oder unbewußt falsch berich-  
tet worden, auch in Bezug auf die Tätigkeit der Bürgervereine. In-  
derrück ist es erkennbar, wie genau Einzelheiten sie geben. Die  
Organe der Bürgerbewegung, so auch das Nachrichtenblatt des V. B. S.  
Sachsen, das im wesentlichen nur den Organisationsstand selbst angeht,  
sind einzeln angeführt. Auch über die Art der Unterorganisationen  
werden genaue Angaben gemacht. Besonders ist es der französischen  
Regierung äußerst unangenehm, daß der Kampf gegen den Friedens-  
vertrag und gegen die Schuldenfrage von den Bürgerbewegungen mit  
einem Nachdruck geführt wird. Eine starke französische Gegenpropaganda  
hat schon eingeleitet, um die deutsche Arbeit unendlich zu machen. Be-  
sonders im besetzten Gebiet tritt die französische Gegenpropaganda deutlich  
in Erscheinung; soweit solche Organisationen, wie z. B. die Bürger-  
bünde, nicht ganz verboten worden, verurteilt man durch Beschäftigungen  
und Aufstellungen die Autorität der Führer zu untergraben.  
Die Beobachtung, die unsere Bewegung in der französischen Presse findet,  
zeigt uns, daß wir mit unserer Arbeit auf dem rechten Wege sind.  
Um weitere tatkräftige Unterstützung durch Beitragsrückstellungen  
und Spenden bitten wir

### Raunhofer Bürger-Ausschuß

(Bürgerrat) e. V.

### Die Not der Kleinrentner.

Unter dieser Ueberschrift stand in Ihrem geschätzten Blatte eine  
Notiz; danach wären für die Kleinrentner 500 Millionen Mark bereit  
gestellt und diese 500 M. wären auf 1 Milliarde erhöht worden.

Frage aber nicht, wie es in Wirklichkeit aussieht!  
Als zum letzten Tage haben in Sachsen die Kleinrentner  
überhaupt noch nicht einen Pfennig erhalten, selbst von der Alters-  
hilfe sind gerade 4 Kleinrentner bedacht worden; wie steht es aber  
mit den 155 000 M., von welchen sind schon vor 7—10 Wochen  
verprochen worden, daß sie nun zur Verteilung gelangen sollen?  
Wie steht es mit den 500 M., die den 510 Kleinrentner aus-  
zahlen sollen? Man höre und laune: 257 Kleinrentner sind allein  
in Rumbold; nun kommen noch die Städte Cobitz, Brandis, Müch-  
schen, Wurzen und Grimma dazu, so daß ungefähr 2000 Kleinrentner  
in diesen Städten zusammen kommen, welche sich alle in diese 155 000 M.  
teilen sollen. (Dies sind die Städte, welche zur Kreisverwaltung  
Grimma gehören.) Teilt man nun diese 155 000 M. unter die 2000  
Kleinrentner, so erhält man die Zahl 77 M. Das ist der Betrag,  
den die Kleinrentner zu erwarten hätten, wenn alle Kleinrentner  
bedacht würden. Da nun diese Summe aber gar zu gering ist, hat  
man gefast und hat es fertig gebracht, daß nur 510 Kleinrentner  
bedacht werden sollen, die übrigen bleiben aus. Diese 510 Klein-  
rentner sollen jeder 300 M. erhalten (1 Brot markensfrei 300 M.)  
Soll 4 Monaten sind in Grimma (Kreisbauamt) Veranlassungen ab-  
gefallen worden, um in dieser Angelegenheit zu beraten.

Jetzt endlich ist man eins geworden und die 510 Büchlein  
dürfen sich freuen, nun endlich die 300 M. ausgezahlt zu bekommen.  
Das ist die vierstündige Hilfe, auf welche die Kleinrentner seit  
4 Jahren warten.

Und was haben die Kleinrentner geleistet? warum sind sie  
bedacht, daß der Staat sie zu unterstützen hat? Ihr Geld ist durch  
den Staat entnommen worden. Wer hat in den früheren Jahren ihr  
das Geld gelohnt? Der Kleinrentner. Wer hat seine Steuern und  
Abgaben pünktlich entrichtet? Der Kleinrentner. Wer hat seine  
Eparatgroschen gepfeift für das Vaterland? Der Kleinrentner. Und  
nun die Frage, wer ist Kleinrentner? Kaufleute, Handwerker, Arbeiter  
und Geschäftstreibende, die ihr Geld zusammen gestalten, um in allen  
Tagen davon zu leben. Und was ist nun dem Kleinrentner übrig  
geblieben? Nur noch der Strich, wenn jetzt nicht schnell die lang-  
ersehnte Hilfe kommt.

Wir verlangen keine Almosen, sondern Arbeit so lange wir  
arbeiten können. Dazu ist der Staat verpflichtet und wenigstens  
diese zu geben.  
Dito Radde, 1. Vorsitzender  
der Klein- u. Mittelrentner, Rumbold.

### Sachli

Sonnens  
Sonnens  
1800 Kom  
Walter Re  
Wärmer 1.

□ And  
Kaufman  
der Gebi  
Sitzung  
25. Okt  
Unrechm  
Balken u  
nach dem  
dem Kun  
bühnen  
Postanfall

+ We  
Herrn P  
darüber  
In Raun  
Jungfrau  
von Mitgl  
dieser Mo  
Herrn Fle  
meindire  
der Liebes  
den Gottes  
samen Gel  
Namen im  
Ueberrück  
Bedenken  
Am eigenl  
früh durch  
gliedern  
kleinen Ver  
sch in gro  
Vertreter  
der Nauch  
Wobauer  
Beimomme  
des Kirche  
seiner zur  
eine Feier  
inngverein  
Am Donner  
Grumer im  
reichen G  
großen Lie  
merk.

+ Mo  
Einreichu  
+ Ge  
wendet h  
gibt: „Seit  
von den Zei  
derart über  
rungen ein  
die an den  
1. März, was  
darstell bez  
bedrück zu  
rehabilitier  
aufträge, au  
betreffen, ist  
nötigen sind,  
gleich merke  
gleicher Rum  
schreiten. Di  
4. In allen  
das zu strei  
+ 3  
Die Liste  
den Wähl  
kommt best  
in Betracht.  
+ A  
Meldung, d  
figen Eink  
lich befrist  
tritt am 1. 3  
+ J  
Zahl der W  
auf 1978  
Stellen das  
gefallen.  
+ 3  
die Zeitungs

+ Mo  
Einreichu  
+ Ge  
wendet h  
gibt: „Seit  
von den Zei  
derart über  
rungen ein  
die an den  
1. März, was  
darstell bez  
bedrück zu  
rehabilitier  
aufträge, au  
betreffen, ist  
nötigen sind,  
gleich merke  
gleicher Rum  
schreiten. Di  
4. In allen  
das zu strei

+ 3  
Die Liste  
den Wähl  
kommt best  
in Betracht.  
+ A  
Meldung, d  
figen Eink  
lich befrist  
tritt am 1. 3  
+ J  
Zahl der W  
auf 1978  
Stellen das  
gefallen.  
+ 3  
die Zeitungs

+ 3  
Die Liste  
den Wähl  
kommt best  
in Betracht.  
+ A  
Meldung, d  
figen Eink  
lich befrist  
tritt am 1. 3  
+ J  
Zahl der W  
auf 1978  
Stellen das  
gefallen.  
+ 3  
die Zeitungs

+ 3  
Die Liste  
den Wähl  
kommt best  
in Betracht.  
+ A  
Meldung, d  
figen Eink  
lich befrist  
tritt am 1. 3  
+ J  
Zahl der W  
auf 1978  
Stellen das  
gefallen.  
+ 3  
die Zeitungs

+ 3  
Die Liste  
den Wähl  
kommt best  
in Betracht.  
+ A  
Meldung, d  
figen Eink  
lich befrist  
tritt am 1. 3  
+ J  
Zahl der W  
auf 1978  
Stellen das  
gefallen.  
+ 3  
die Zeitungs

+ 3  
Die Liste  
den Wähl  
kommt best  
in Betracht.  
+ A  
Meldung, d  
figen Eink  
lich befrist  
tritt am 1. 3  
+ J  
Zahl der W  
auf 1978  
Stellen das  
gefallen.  
+ 3  
die Zeitungs

+ 3  
Die Liste  
den Wähl  
kommt best  
in Betracht.  
+ A  
Meldung, d  
figen Eink  
lich befrist  
tritt am 1. 3  
+ J  
Zahl der W  
auf 1978  
Stellen das  
gefallen.  
+ 3  
die Zeitungs



# Christliche Eltern!

Der 1. Mai und der 9. November sind in Sachsen zu Feiertagen erklärt. An christlichen Feiertagen aber, die staatlich nicht anerkannt sind, dürfen eure Kinder künftig in keinem Falle mehr vom Unterricht befreit werden zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Feiertagsveranstaltungen. Andachten religiösen Inhalts, Beten und Singen kirchlicher Lieder vor dem allgemeinen Unterricht sind in den städtischen Schulen verboten. Unter der Maske der Duldsamkeit treibt die Sozialdemokratie schonungslos die Verfolgung des Christentums.

Christliche Eltern! Unsere Vertreter in Reichs- und Landesparlament haben sofort die Regierung wegen der mit der Reichsverfassung nicht zu vereinbarenden Verordnungen des Kultusministeriums zur Rede gestellt. Abhilfe aber ist erst durch einen anders zusammengesetzten Landtag möglich.

Daher, christliche Eltern, wählt am 5. November die Liste der Deutschnationalen Volkspartei, die den christlichen Grundgedanken vertritt. Trete aber auch schon jetzt der Deutschnationalen Volkspartei als Mitglieder bei und unterstütze sie in dem schweren Wahlkampfe durch reichliche Mittel und durch Mitarbeit! Meldungen und Spenden erbitten wir an die örtlichen Vertrauensmänner; in Rauhof an Herrn W. Schimpf, Goethe Str. 15.

## Die Deutschnationale Volkspartei.

**Lichtspielhaus.**  
Voranzeige!  
**Das Frauenhaus von Brescia**



Kulturhistorisches Monumentalgemälde.

**Voranzeige.**  
Montag, den 30. Oktober 1922 abends 7 1/2 Uhr  
**Monatsversammlung!**  
im Kolbenburger Erker.  
**Rauhofener Bürgerausschuß.**  
(Bürgererrat) e. V.

**Deutschnationaler Tag**  
Dienstag, den 31. Oktober 22 (Reformationsfest)  
Versammlungen in

**Rudshain** . . . . . nachmittags 4 Uhr  
**Rauhof** . . . . . abends 7 1/2 Uhr

Redner:  
Gutsbesitzer P. Hennig-Glossen  
„Die kommende Landtagswahl“.  
Studentenrat Dr. G. Thieme-Leipzig  
„Die Politik der Deutschnationalen“.  
Pfarrer R. Wühlhausen-Leipzig  
„Am Rande des Abgrundes“.  
Eintritt frei. Gänge willkommen.

**Anfang pünktlich.**

**Deutschnationale Volkspartei**  
**Berein Rauhof und Umgegend.**

**Bäckerinnung Grimma und Umg.**  
1900 gr Brot . . . . . 300.00 Mt.  
1 Semmel 70% . . . . . 10.00 "  
1 Semmel 85% . . . . . 9.00 "

**Flügel Pianinos** gebraucht  
kauft jederzeit und erbittet Angebot möglichst mit Angabe des Alters und Fabrikats des Instruments  
C. A. Klamm, Leipzig, Neumarkt 26, Fernspr. 2096.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

**200 Ulster neu**  
per Stück Mt. 3000.—  
Selinger, Leipzig, Turnerstr. 3. (am Bayerischen Bahnhof.)

Visitenkarten fertigt schnell u. billig Buchdruckerlei Günz & Eule.



**Ata**  
Reiz mit Ata Topf und Herd,  
Weil's den schönsten Glanz beschneid!

Ein kleines  
**Landhaus**  
mit Obst- und Gemüsegarten, Stallung für Kleintiere, bei Barzahlung zu kaufen gesucht, möglichst mit etwas Geld. Offerten unter „P. R.“ Gut Frauendorf b. Ortrand.

Tüchtiges, ehrliches  
**Dienstmädchen**  
für sofort gesucht. Monatslohn 1500.— Mt. u. alles frei. Zu erfr. in d. Exp. ds. Bl.

**Mädchen**  
welches Eltern die Schule verläßt, sucht Stellung irgend welcher Art. Off. u. R. 22. o. d. Exp. d. Bl.

Einfache  
**Bettstelle**  
m. Auflage-Matratze z. verkaufen. Zu erfragen in d. Exp. ds. Bl.

**Frauen sind glücklich!**  
welche beim Ausbleiben der monatl. Regel meine erprobten Spezialmittel anwenden. Schenken auch Sie mir ein einziges Mal Vertrauen und lassen sich von einer erfahrenen Frau helfen. Wenn alles versagt, ich rette und schütze Ihre Gesundheit. Auch Sie werden mir dankbar sein! Geben Sie nichts auf prahlische Angebote, sondern lassen Sie sich von mir sofort eine Sendung kommen. Auch in älteren Fällen ohne Berufsstörung. (Organ. Veränd. ausgeschlossen.) Schmerzlos! Unschädlich mit Garantieschein! Diskr. reeller Versand.  
(Nachnahme) — Frau K. in R. schreibt: Hatte schon Erfolg nach 5 Stunden. Frau W. L. Meyer, Krankenbehandlerin Hamburg M. 5448, Schanzenstraße 51.

**Milch-Ziegen**  
zu verkaufen.  
Langestr. 24.

**Schlüssel**  
gefunden. Abzugeben in d. Exp. dieses Blattes.

**Landhaus**  
mit Garten, in Rauhof oder Nähe Leipzig zu kaufen gesucht.  
Bedingung mindestens 2 leere Zimmer mit Zubehör, eoll. durch Umbau. Offerten mit Preisangabe unter „St. L.“ an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Henkel's Puß- und Scheuerpulver, für Haushalt, Gewerbe und Industrie **unentbehrlich.**  
Niedrigste Bezugspreise:  
HENKEL & CO., DUSSELDORF.

## Tarifänderung der Luk.

Die Preise unserer Stromlieferungsbedingungen und unseres Tarifes werden wie folgt geändert:

- In § 3, Abs. d: Der Ueberleerungszuschlag pro PS beträgt Mt. 2000.—
- In § 7, Abs. b: Für Prüfung einer Anlage sind zu zahlen:  
Für Lichtinstallationen für die ersten 3 Lampen oder Steckkontakte Mt. 300.—  
für jede weitere Lampe oder Steckkontakte bis zu 10 Stück Mt. 50.—  
über 10 Stück für jede weitere Lampe oder Steckkontakte Mt. 40.—  
Für Kraftinstallationen  
für jeden Motor bis zu 2 PS Mt. 300.—  
über 2 PS Mt. 600.—
- In § 8, Abs. a: Die Kosten für das Abschalten gekündigter Anlagen oder Anlageteile betragen mindestens Mt. 300.—
- In § 10, Abs. h: Für Abstellen der Leitung usw. sind zu zahlen mindestens Mt. 300.—
- In § 13: Die Grundgebühr wird vom 1. 10. 22 ab wie folgt festgesetzt:  
bei Lichtanlagen von nicht über 5 Brennstellen auf Mt. 25.— monatlich,  
" " " 10 " " " 45.— "  
" " " 15 " " " 60.— "  
" " " 20 " " " 72.— "  
" " " 25 " " " 80.— "  
über 25 Brennstellen für jede weitere Brennstelle " 3.— "  
bei Kraftanschlüssen für jede PS auf " 75.— "  
Der Steigerungsfaktor für die Kraft-Vergütung für Kraftzwecke wird von 0,3 Pfg. auf 0,25 Pfg. ermäßigt.  
Der Preis für Rohbraunförderkohle ist seitens des mitteldeutschen Braunkohlensyndikates mit Wirkung ab 6. Oktober 1922 auf **Mark 12480.—** für 10 tons erhöht worden. Es beträgt demzufolge (s. Tarifänderung der Luk vom 17. 4. 1920 und 16. 1. 1922 und Bekanntmachung der Luk vom 8. 12. 1920) die Vergütung für jede verbrauchte Kraft:  
Mt. 62.— für Lichtzwecke  
" 32.— " Kraftzwecke  
" 50.— bei einer gemeinsamen Messung des Licht- u. Kraftstromverbrauches.

Diese Preise sind auf volle Markbeträge nach oben abgerundet. Sie kommen erstmalig für die Stromrechnungen in Frage, die auf Grund der ab 1. 11. 1922 erfolgten Ableesungen ausgestellt werden.

- § 13, Abs. b erhält folgenden Zusatz:  
Ebenso wie die Grundgebühr kann auch die Kraft-Vergütung in der Höhe des voraussichtlichen noch nicht registrierten zweimonatlichen Stromverbrauches im voraus erhoben werden.
- In § 14: Für Straßenbeleuchtungen wird berechnet:  
für jedes installierte Watt einer ganznächtigen Lampe Mt. 123.— Jhrl., halbnächtigen " 74.— "
  - In § 15: Bei Pauschalanlagen wird berechnet:  
für jede Lampe bis zu 30 Watt Mt. 185.— monatlich  
" 60 " 370.— "
  - In § 17, Abs. a: Die Anschaffungsbeiträge für Zähler betragen:  
für einen Zweileiterzähler Mt. 2000.—  
" " Dreileiterzähler bis 3x15 Amp. " 5000.—  
" " " " von 3x20 bis 3x50 Amp. " 6000.—  
" " " " über 3x50 Amp. " 7000.—  
" " " Vierleiterzähler bis 3x10 Amp. " 8000.—  
" " " " über 3x10 Amp. " 7000.—
  - Das Anschließen eines Zählers wird mit Mt. 500.— berechnet.  
Die Preise unter 1—4 und 8—9 treten mit sofortiger Wirkung, die unter 6 und 7 vom 1. 10. 1922 ab in Kraft.

Borna, den 18. Oktober 1922.

## Licht und Kraft G. m. b. H.

**Streubel u. Waltuch**  
nur Leipzig, Gr. Fleischergasse 10  
(Nähe Kaufhaus Brühl)

zahlen die höchsten Tagespreise für:  
Kupfer . . p. Kg. Mt. 350.—  
Rotguss . . " " " 250.—  
Messing . . " " " 200.—  
Blei . . . . " " " 100.—  
Zink . . . . " " " 100.—  
Zeitungen . . . . " " " 30.—  
Bücher . . . . . " " " 30.—  
Ziegenfelle p. St. Mt. 1700.—  
Kauinelle " " " 450.—  
sowie für alle anderen Felle.

M  
Abrechtsh  
Die Lan  
bember 192  
Die Stad  
Gutsbezirks  
B  
Babergasse, Br  
2 Bahnhöf  
Erdmannshain  
Straße, Markt  
straße, Wiesenf  
Rauhof.  
B  
Bahnhofstraße,  
Großsteinberg  
König Alberi-G  
Straße, Luther  
straße, Oststra  
straße, Wasser  
Wahlort  
Gustav Thieme  
Wilhelm Mich  
Wahlort  
Bürgermeister,  
Kradler hier.  
Die Wahl  
mittags bis 6  
straße 6 statt, u  
für die  
im Erdgesch  
für die  
im Erdgesch  
Rauhof, am  
Rie  
\* Der Reich  
treten der aus  
Amts-Bevollmä  
\* Bei der A  
kommission eing  
deutsches Koble  
\* Die Vertre  
überreichen des  
Devisen- und G  
Berleg  
An demse  
mittels, daß f  
ragender P n  
I a n d e s nach  
beraten, welch  
Währung bei  
griffen werden  
p a r a t i o n s  
richtig halte,  
kommen, um r  
nahmen zu be  
und zur Stabi  
Das hier  
einer Verhand  
einander auf,  
ständigen und  
auch im groh  
schäftigen habe  
tung dieser th  
Im Plan der  
ländischen Fin  
mit ihren Gu  
weisen, von de  
bau unseres L  
unserer in de  
fönnen. Im  
scheint es zu  
afelch ihres A  
störung der W  
sprachener Pre  
stend, daß hat  
der letzten Abh  
einer „genauer  
Tagesordnung  
Verlangen nac  
wir bekanntlic  
lange nicht ge  
Herrn R r a d  
liche Delegier  
Moratorium is  
Voraussetzung  
maßnahmen g  
om liebsten n  
setzt sich mit  
einverstanden